



Bernd Raffelhüschen ergänzt den Vorstand der Stiftung

Freiburger Finanzwissenschaftler warnt vor Katastrophe durch die „Zeitbombe Beamtenpensionen“

Seit Jahren steht die gesetzliche Rentenversicherung im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion. Das umlagefinanzierte Alterssicherungssystem steht vor enormen Finanzierungsschwierigkeiten. Während bei der gesetzlichen Rente die „Rürup-Kommission“ mit Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors und der Erhöhung des gesetzlichen Rentenzugangsalters Lösungen aufgezeigt hat, fehlt bei den Beamtenpensionen bisher ein entsprechendes Problembewusstsein.

Aber auch dort tickt nicht nur eine Zeitbombe, sie ist bereits explodiert. Dies konstatiert Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, seit Juni weiterer Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, in seiner Studie „Die angekündigte Katastrophe“: In den kom-

menden zwei Jahrzehnten werden die massiven Einstellungswellen der späten 60er- und frühen 70er-Jahre in riesige Pensionierungswellen umschlagen. Erschwerend hinzu kommt die eminente Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte, die sich durch die demographische Entwicklung noch verschärfen wird. Betroffen sind besonders die alten Länder; aber auch im Osten macht sich der Personalaufbau der frühen 90er-Jahre bemerkbar, wenngleich 20 Jahre später.

Am schlimmsten wird es die westdeutschen Stadtstaaten treffen,

Blickwinkel

Augenblick (S. 2)

Editorial: Ehrlichkeit siegt!

Einblick (S. 3)

Stiftung Marktwirtschaft intern: Bernd Raffelhüschen ergänzt das Team der Stiftung Marktwirtschaft.

Durchblick (S. 4, 5)

Schwerpunkte unserer Arbeit: Die Kommission „Steuergesetzbuch“ beschleunigt ihre Arbeit.

Überblick (S. 6)

Konzepte und Analysen: Beamtenpensionen als Bedrohung.

Rückblick (S. 7)

Tagung: Günther H. Oettinger zu Gast in Kronberg.

Einblick (S. 8)

Stiftung Marktwirtschaft intern: Vorhaben des Kronberger Kreises.

Seitenblick (S. 2–8)

Im Spiegel der Presse: Ausgewählte Medienresonanzen.

so das Ergebnis der aktuellen Studie. Doch selbst die Sieger im Bundesländer-Ranking werden ihre Lasten kaum tragen können. Deshalb fordert Raffelhüschen konsequentes Gegensteuern – je schneller, desto besser.

Schlussfolgerungen siehe S. 6.



Pressekonferenz: Berliner Journalisten bei der Präsentation der Studie zum Thema „Beamtenpensionen“.

Seitenblick**n-tv****„Das Wasser läuft bergab“**

Michael Eilfort diskutierte mit NRW-Wirtschaftsminister Schartau über Mindestlöhne. Er plädierte dafür, die Herausforderung des europäischen Wettbewerbs anzunehmen: „Das Wasser läuft immer den Berg hinunter, auf Dauer können wir die Konkurrenz auch durch Protektionismus nicht verhindern“ (12. April 2005).

Frankfurter Allgemeine**Beschäftigung durch freie Dienstleistungen**

Michael Eilfort rief im Gastkommentar dazu auf, die Chancen der europäischen Dienstleistungsrichtlinie zu nutzen: Statt das volkswirtschaftliche Heil nur in Ausnahmen und Abschirmung zu suchen, sollte aus der Not neuer Wettbewerber vielmehr die Tugend deutscher Wettbewerbsfähigkeit gemacht werden (26. März 2005).

Süddeutsche Zeitung**Gastkommentar Eilfort: Nur ein Schritt zur Seite**

„Noch vor der Entlastung muss die Vereinfachung kommen“, urteilte Michael Eilfort im Kommentar: „Aufkommensneutrale Steuerreformen sind wie geröstete Schneebälle – der Kuchen muß größer und nicht nur neu zugeschnitten werden!“ (22. März 2005).

**SÜDWEST
Fernsehen****Eilfort zu den Sozialwahlen**

In der Nachrichtensendung „Rheinland-Pfalz aktuell“ kritisierte Michael Eilfort die Sozialwahlen als scheindemokratisches Ritual (14. April 2005).

Frankfurter Allgemeine
SONNTAGSZEITUNG**Besser friedlich gekungelt als überflüssig gewählt**

Im Artikel zu den Sozialwahlen zitierte Carsten Germis Michael Eilfort: „Die Sozialwahlen sind ein Musterbeispiel für erstarrte, heute sinnentleerte Regelungen, pseudodemokratische Rituale und Wohlfühlfolklore“ (3. April 2005).

Ehrlichkeit siegt!

„Wahlversprechen binden nur die, die an sie glauben“, sagte vor wenigen Jahren der damalige französische Innenminister Charles Pasqua. Und schon Reichskanzler Otto von Bismarck analysierte: „Es wird nie so viel gelogen wie auf der Jagd und vor Wahlen.“



Es dürfte eine Urangst der Politik sein, Überbringer schlechter Botschaften würden, wenn nicht geköpft, so zumindest nicht gewählt. In über 50 Jahren bundesrepublikanischer Geschichte scheint es für diese Sorge auch manchen Beleg zu geben. Allerdings ging es in diesen Zeiten meist auch darum, erst tatsächliche Zuwächse und später auf Kredit Wohltaten zu verteilen.

Vorauselende Furchtsamkeit

Vielleicht wurde aber allzu oft nur aus vorauselender Furchtsamkeit vor dem vermeintlich dummen Wähler auf zupackende, mit klaren Orientierungen und Konzepten verbundene Ehrlichkeit verzichtet. Helmut Kohl wäre als „Kanzler der Einheit“ im Dezember 1990 auch gewählt worden, wenn er aufrichtig über zu erwartende Belastungen z.B. bei den Steuern gesprochen hätte. Verlorene Landtagswahlen und eine Welle der Politikverdrossenheit nach Einführung des „Solidaritätszuschlags“ hätte man sich dann vielleicht sparen können. Gerhard Schröder wäre 1998 ohne das leichtfertige Versprechen der Abschaffung des „demographischen Faktors“ in der Rentenversicherung genauso zu Amt und Würden gekommen. Er hätte dann nicht nach fünf verlorenen Jahren das Gleiche unter anderem Namen und öffentlicher Abbitte erneut einführen müssen.

Ob 2002 die extreme Überdehnung des Wahrheitsbegriffs bei allen Äuße-

rungen zum Bundeshaushalt 2003, zum Maastricht-Kriterium und den Staatsschulden Gerhard Schröder und Hans Eichel zum Wahlsieg verhalf, darf ebenfalls bezweifelt werden. Immerhin hat sich danach erstmals ein Untersuchungsausschuss mit der Aufrichtigkeit von Wahlaussagen beschäftigt. Die Union hatte das Glück, dass ihre Zusagen nicht dem Praxistest unterworfen wurden.

Könnten diese Erfahrungen nun nicht dazu beitragen, in Deutschland endlich einmal einen ehrlicheren Bundestagswahlkampf zu erleben? Es wäre zu hoffen. Vielleicht lässt zudem die kurze „Vorwarnzeit“ nach der Landtagswahl am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen weniger Gelegenheit, wieder auf Füllhorn-Rhetorik umzuschalten.

Die Menschen sind weiter

Vor allem aber hat sich Deutschlands dramatische Haushaltslage und haben sich unsere strukturellen wirtschaftlichen Probleme inzwischen herumgesprochen. Die Menschen sind weiter, als es ihnen zugetraut wird. Auf populistische Nebelkerzen à la „Reichensteuer“ fällt eine Mehrheit genauso wenig herein wie sie Verständnis hat für isolierte (Mehrwert-)Steuerhöhdiskussionen außerhalb eines Gesamtkonzepts.

Nie war Ehrlichkeit wichtiger als jetzt: Das Land braucht dringend Reformen. Davon muss man die Menschen überzeugen, dabei muss man sie mitnehmen. Dazu gehört unter anderem eine ehrliche Lageanalyse. Wer den Bürgern weiter Sand in die Augen streut, wird doppelt bestraft werden – das böse Erwachen kommt immer.

Prof. Dr. Michael Eilfort ist Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

Bernd Raffelhüschen ergänzt Vorstand

Der Freiburger Volkswirtschaftsprofessor **Bernd Raffelhüschen** (47) gehört seit Anfang Juni als weiterer Vorstand neben Prof. Dr. Michael Eilfort (41) zur Führung der Stiftung Marktwirtschaft.



Zweiter Vorstand: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen von der Universität Freiburg.

Dort ist er verantwortlich für den Bereich „Soziale Sicherung“ und wird sich für die Stiftung maßgeblich mit der demographischen Entwicklung und ihren Konsequenzen, vor allem mit den

Themen „Altersversorgung“, „Gesundheit“ und „Pflege“ auseinandersetzen. Eilforts Schwerpunkte werden weiterhin die Bereiche „Markt und Wachstum“, dabei unter anderem die Kommission „Steuergesetzbuch“, sowie „Wettbewerbsordnung“ sein.

Professor Raffelhüschen ist weit über universitäre Kreise hinaus

bekannt durch seine Forschung zum Thema „Generationengerechtigkeit“. Er gilt als Verfechter einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, die auch die implizite Verschuldung der Sozialsysteme durch aufgelaufene Ansprüche berücksichtigt. Mit der von ihm mitentwickelten Methode der Generationenbilanzierung analysiert er die Fiskalpolitik sowohl auf ihre Nachhaltigkeit als auch auf intergenerative Verteilungswirkungen. Der verheiratete Familienvater (drei Kinder) ist Professor für Finanzwissenschaft und Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg und lehrt zudem an der Universität Bergen (Norwegen). Diese Tätigkeiten führt er fort.

Kurzvita

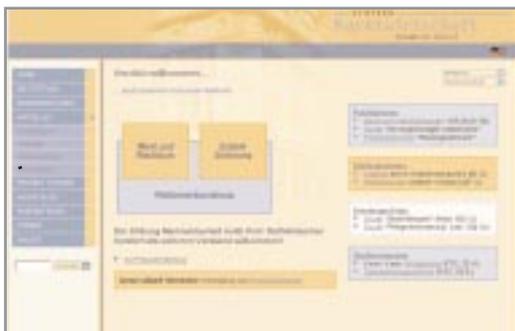
Bernd Raffelhüschen (geb. 1957) ist Professor für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Professor II an der Universität Bergen (Norwegen). Er studierte in Kiel, Berlin und Aarhus (Dänemark) Volkswirtschaftslehre und promovierte bzw. habilitierte sich in diesem Fach an der Universität Kiel. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Sozialpolitik und angewandten intergenerativen Analyse. Er ist Mitglied vieler internationaler Forschungsprojekte und publiziert in den führenden Zeitschriften seines Fachgebiets. Prof. Raffelhüschen wurde von Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit und Soziale Sicherung, in die Rürup-Kommission berufen.

Überarbeiteter Internet-Auftritt

Im Internet-Auftritt der Stiftung Marktwirtschaft verweisen seit kurzem Informationsboxen auf aktuelle Inhalte – seien es neue Studien und Veranstaltungen, Pressemitteilungen oder Gast-

kommentare. Ziel ist es, dass die Nutzer noch schneller und einfacher wichtige Informationen finden.

Eine weitere Neuerung: An vielen Stellen des Auftritts wird direkt an den zuständigen Ansprechpartner bei der Stiftung verwiesen. Auch diese Änderung versteht sich als Service für die Besucher unserer Seiten. Regelmäßig aktualisiert wird zudem die Presseresonanz der Stiftung Marktwirtschaft, ebenso die Seiten der unabhängigen Kommission „Steuergesetzbuch“ (www.neues-steuergesetzbuch.de).



Überarbeitet und noch übersichtlicher: Der Internet-Auftritt der Stiftung Marktwirtschaft (www.stiftung-marktwirtschaft.de).

Seitenblick



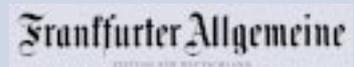
Raffelhüschen verstärkt Denkfabrik

„Die Stiftung Marktwirtschaft in Berlin profiliert sich immer mehr als führende Reformwerkstatt: Geschäftsführer Michael Eilfort konzentriert sich künftig auf das Themenfeld ‚Wettbewerb, Markt und Wachstum‘ und auf das Projekt einer umfassenden Steuerstrukturreform“, hieß es im Rheinischen Merkur. „Auch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme will der Think-Tank forcieren: Dazu wurde als zweiter Vorstand Bernd Raffelhüschen engagiert“ (9. Juni 2005).

Börsen-Zeitung

Bernd Raffelhüschen zur Stiftung Marktwirtschaft

„Der Freiburger Volkswirtschaftler Bernd Raffelhüschen (47) gehört von sofort an als weiterer Vorstand neben Prof. Dr. Michael Eilfort zur Führung der Stiftung Marktwirtschaft“, hieß es in der Börsen-Zeitung (3. Juni 2005).



Raffelhüschen kommt dazu

Karen Horn schrieb: „Der Freiburger Sozialexperte Bernd Raffelhüschen steigt mit sofortiger Wirkung als zweiter Vorstand neben Michael Eilfort in die Führung der Denkfabrik ein.“ Raffelhüschen übernehme die Verantwortung für das Themenfeld „soziale Sicherung“. Eilfort werde sich weiterhin um die Bereiche „Wettbewerbsordnung“ und „Markt und Wachstum“ kümmern, insbesondere um die unabhängige Steuergesetzbuch-Kommission (3. Juni 2005).



Raffelhüschen-Studie

Ein Beitrag des ZDF-Magazins Frontal 21 widmete sich unter anderem den Ergebnissen der Studie von Professor Bernd Raffelhüschen für die Stiftung Marktwirtschaft. (7. Juni 2005).

Seitenblick

**Wichtigste Reformwerkstatt**

Hans-Peter Schütz und Hans-Martin Tillack schrieben, die Steuerreform werde „in der zurzeit wichtigsten Reformwerkstatt der Republik vorbereitet: in der Berliner Charlottenstr. 60. Hier ist die überparteiliche Stiftung Marktwirtschaft zu Hause. Hier arbeiten die führenden deutschen Steuer- und Finanzwissenschaftler zusammen. Hier wird eine Revolution vorbereitet: ein radikal vereinfachtes Steuersystem“ (9. Juni 2005).

**STUTTGARTER
ZEITUNG****Konzept für den Wahlsieger**

„70 Steuerfachleute aus Wissenschaft und Politik arbeiten unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft ein einfaches und konkurrenzfähiges Steuerrecht aus. Wegen der geplanten Neuwahl ziehen sie die Vorstellung ihres Konzepts vor“, so Roland Pichler (9. Juni 2005).

ARD ¹**Radikale Vereinfachung**

Markus Bornheim berichtete über das Thema „Steuerreform“ und interviewte dazu Michael Eilfort: „Das Wichtigste ist die Vereinfachung. Eine radikale Vereinfachung des Steuerrechts“ (5. Juni 2005).

DER SPIEGEL**Stiftung Marktwirtschaft
arbeitet unter Hochdruck**

Spiegel-Redakteur Sven Afhüppe schrieb, die Stiftung Marktwirtschaft erarbeite einen umfassenden Steuerreformvorschlag (30. Mai 2005).

Neue Zürcher Zeitung**Wirtschaftliche Konturen
des Wahlkampfes**

Peter Rasonyi wies in einem Beitrag zum Bundestagswahlkampf auch auf das Steuerreformkonzept der Stiftung Marktwirtschaft hin (28. Mai 2005).



Arbeiten an einem neuen Unternehmenssteuerrecht: Prof. Dr. Norbert Herzog, Prof. Dr. Johanna Hey und Kommissionsleiter Prof. Dr. Joachim Lang (v.l.n.r.).

Steuerprojekt: Zeitplan geändert

Das Vorziehen der Bundestagswahl beschleunigt die Steuerreformdiskussion und bietet die Chance, dass die dringend notwendige große Steuerreform schon 2006 umgesetzt werden könnte. Die Kommission „Steuergesetzbuch“ unter dem Dach der Stiftung Marktwirtschaft will ihren Teil dazu beitragen und hat deshalb den ursprünglichen Zeitplan geändert.

Schon im Juli dieses Jahres sollen nun die Grundzüge eines neu konzipierten und vereinfachten Steuersystems vorgestellt werden – als Angebot an alle wahlkämpfenden Parteien. Die Mitglieder der Kommission und der einzelnen Arbeitsgruppen werden dann ab August ein neues Einkommensteuergesetz, ein überarbeitetes Körperschaftssteuergesetz und ein gänzlich neuartiges Gewinnermittlungsgesetz ausformulieren. Ziel ist es, dem Wahlsieger baldmöglichst fertige Entwürfe zur Verfügung zu stellen und eine überzeugende Nachfolgelösung für die Gewerbesteuer anzubieten.

Die Unabhängigkeit der Stiftung wie der überparteiliche Ansatz der Kommission dürften die Chancen für eine spätere Realisierung erhöhen – unabhängig davon, wer ab dem Herbst regiert. Seit Juli 2004 arbeiten 70 Experten an dem umfassenden Reformkonzept. Vorsitzender der Kommission ist Prof. Dr. Joachim Lang (Uni Köln). Im politischen Beirat wirken Repräsentanten aller im Bundestag vertretenen Parteien mit: Für

die SPD ist das der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler MdL, für die CDU Friedrich Merz MdB. Die CSU vertritt der bayerische Finanzminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser MdL, die FDP deren Steuerexperte, Dr. Hermann Otto Solms MdB, und die Grünen Dr. Manfred Busch, Kämmerer der Stadt Bochum. In den insgesamt zehn Arbeitsgruppen sind u.a. das Bundesfinanzministerium und sechs Bundesländer unterschiedlicher parteipolitischer Färbung einbezogen.

Zur Zeit diskutieren die Arbeitsgruppen intensiv. Prof. Dr. Michael Eilfort von der Stiftung Marktwirtschaft freut sich über den Sachstand wie den Ablauf der inhaltlichen Arbeit: „Herausragende Köpfe aus Wissenschaft, Rechtsprechung, Verwaltung, Praxis und Politik engagieren sich für ein zukunftsfähiges Steuersystem und diskutieren auf höchstem Niveau, diskret, unaufgeregt und zielorientiert. Dafür kann man ihnen gar nicht genug danken.“ Er freue sich, dass die Kommission auch erfolgreich eine Katalysator-Funktion wahrnehme: Art und Verlauf der Diskussion über die Reformbedürftigkeit des deutschen Steuersystems seien genauso wie mancher überraschende Sinneswandel auch auf die Aktivitäten der Kommission „Steuergesetzbuch“ zurückzuführen: „Ich bin optimistisch, dass die Ergebnisse der Kommission in mehrfacher Hinsicht einen wertvollen Beitrag zur Modernisierung unseres Steuersystems leisten werden.“

Expertengespräch Integrationsmodelle



Engagierte Diskussion: Die mehr als 100 anwesenden Experten beteiligten sich rege.

Am 15. Juni 2005 lud die Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft zu einem ganztägigen Expertengespräch nach Berlin ein. Das Thema lautete: „Lösungsmodelle zur Integration von Personengesellschaften in die Körperschaftsteuer“. Dieses Problems steht im Zentrum der Bemühungen um ein vereinfachtes und schlüssiges Ertragsteuerkonzept.

Hintergrund ist die mangelnde inter-



Expertendiskussion: Prof. Dr. Ingolf Deubel, Finanzministerium Rheinland-Pfalz, im Gespräch mit Prof. Dr. Norbert Herzig, Universität zu Köln.

nationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmensbesteuerung. Ein Dilemma entsteht, wenn zwar der Körperschaftsteuersatz gesenkt wird, die Einkommensteuertarife jedoch nicht im gleichem Maße mitgesenkt werden. Es droht eine deutliche Benachteiligung der Personengesellschaften.

Argumente abwägen

Die Kommission „Steuergesetzbuch“ diskutierte mit über 100 Experten drei Lösungsmodelle: Das Körperschaftsteuerliche Integrationsmodell (Prof. Dr. Johanna Hey); das einkommensteuerliche Tarif-Modell (Prof. Dr. Wolfgang Kessler) und das einkommensteuerliche Tarifoptions-Modell (Dr. Lethaus / Dr. Fechner). Wichtige Aspekte in der Diskussion waren die Kompatibilität mit EU-Recht, die Verlustbehandlung und das Gesellschaftsrecht. Diskussionsleiter Prof. Dr. Norbert Herzig betonte abschließend, dass alle vorgebrachten Argumente für die einzelnen Lösungsvorschläge bei der Ausarbeitung eines Gesamtreformmodells sorgfältig abgewogen und in die weitere Arbeit einbezogen werden.

Seitenblick

Handelsblatt

Unternehmensteuer soll einfach und fair werden

Donata Riedel informierte über das Expertengespräch: Die Stiftung Marktwirtschaft diskutierte drei Ideen zur Reform der Unternehmenssteuer. Auch für die Gewerbesteuer, zitierte sie Michael Eilfort, werde eine Lösung gesucht: „Sie abzuschaffen, wäre mit Abstand die beste Methode, das System zu vereinfachen. Die Kommunen müssen allerdings eine Bestandssicherung für ihre Einnahmen bekommen“ (13. Juni 2005).

DIE WELT

Kommission macht Vorschläge

„Gestern traf sich die Reformkommission der Stiftung Marktwirtschaft mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft, um ihre Vorschläge zu diskutieren, wie Personengesellschaften in das System der Körperschaftsteuer integriert werden können“, schrieb Cornelia Wolber (16. Juni 2005).

die tageszeitung

Stiftung Marktwirtschaft präsentiert ihr Reformkonzept

Hanns Koch berichtete ebenfalls über das Expertengespräch zu den Optionsmodellen: „Ausgangspunkt ist die parteiübergreifend als problematisch betrachtete Situation, dass Kapitalgesellschaften einem geringeren Spitzensteuersatz unterliegen als Personengesellschaften“ (15. Juni 2005).

FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND

Steuerreformer entlasten Mittelstand

Jens Tartler berichtete, die Steuerreformkommission der Stiftung Marktwirtschaft habe ein Modell für die künftige Unternehmensbesteuerung entwickelt. Danach sollten Personengesellschaften die Option erhalten, Körperschaftsteuer statt Einkommensteuer zu zahlen. Auf diese Weise, so Tartler, könnte viel Konfliktpotenzial aus der Welt geschafft werden (10. Juni 2005).

Seitenblick

Frankfurter Allgemeine

Pensionen bedrohen Länder

Kerstin Schwenn schrieb über die Studie von Bernd Raffelhüschen, die Pensionslasten trieben die Bundesländer bis 2020 bis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit (3. Juni 2005).

NRZ

Zeitbombe ist explodiert

Peter Hahne berichtete über die Raffelhüschen-Studie im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft. Danach sind die Pensionslasten der Länder für ihre Beamten weitaus höher als befürchtet – und können schon in 15 Jahren zum Finanzkollaps führen (3. Juni 2005).

Badische Zeitung

22 % für Pensionsausgaben

„Im Jahr 2030 muss das Land Baden-Württemberg 22 Prozent seiner Steuereinnahmen ausgeben, um die Pensionen seiner Beamten zu bezahlen, zitierte Bernhard Walker aus der Raffelhüschen-Studie. Die Pensionswelle werde im Jahr 2020 ihren Höhepunkt erreicht haben (3. Juni 2005).

RHEINISCHE POST

Pensionen „tickende Bombe“

Alexander v. Gersdorff schrieb, schon jetzt beliefen sich die Pensionsverpflichtungen auf 414 Mrd. Euro, das „hat der Freiburger Professor im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft ausgerechnet, einem privat finanzierten Politikberatungsforum“ (3. Juni 2005).

WDR

Pensionslasten bedrohen NRW

Sowohl in den Mittagsnachrichten als auch abends in der „Aktuellen Stunde“ berichtete der WDR über die Pensions-Studie (2. Juni 2005).

Neue Zürcher Zeitung

Beamte werden zur Last

Peter Rasonyi schrieb, die Raffelhüschen-Studie prognostiziere „erschreckend hohe zukünftige Belastungen der Länderhaushalte“ (11. Juni 2005).

Die angekündigte Katastrophe

(Fortsetzung von S. 1)

Die expliziten Staatsschulden auf Länderebene geben kein korrektes Bild von den wahren Lasten für zukünftige Generationen ab. Unter der Spitze dieses Eisbergs liegen implizite Schulden, die fünf Mal soviel ausmachen, konstatiert das Autorenteam um Professor Raffelhüschen in der Studie „Die angekündigte Katastrophe“. Eine der Hauptursachen sind die drohenden Lasten aus der Beamtenversorgung.

Deshalb, so die Autoren, ist der Entwurf der Bundesregierung zum Versorgungsnachhaltigkeitsgesetz vom 18. Mai diesen Jahres ein Schritt in die richtige Richtung: „In der Tat würde die Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors, der im Prinzip nichts anderes ist als eine 14- bis 15-prozentige Rentenkürzung, die Lasten lindern. Allerdings bleibt das Ausmaß mit einer Reduktion der impliziten Lasten um etwa ein Fünftel weit hinter dem für die Nachhaltigkeit Notwendigen zurück. Dies könne auch nicht verwundern: Eine Eins-zu-eins-Übertragung der Reformen von der gesetzlichen Rentenversicherung sei dem Problem der Beamtenversorgung, das „größer ist und schneller kommt“, eben nicht angemessen. Zudem werden die Pensionen im Gegensatz zu den Renten nach dem Einkommen der letzten drei Berufsjahre be-

rechnet – was in aller Regel auch das höchste Einkommen im Lebenszyklus ist. Nicht zu vergessen: Beamte leben im Schnitt länger und gehen früher in Pension, kommen also über einen längeren Zeitraum als Angestellte in den Genuss ihrer Altersbezüge.

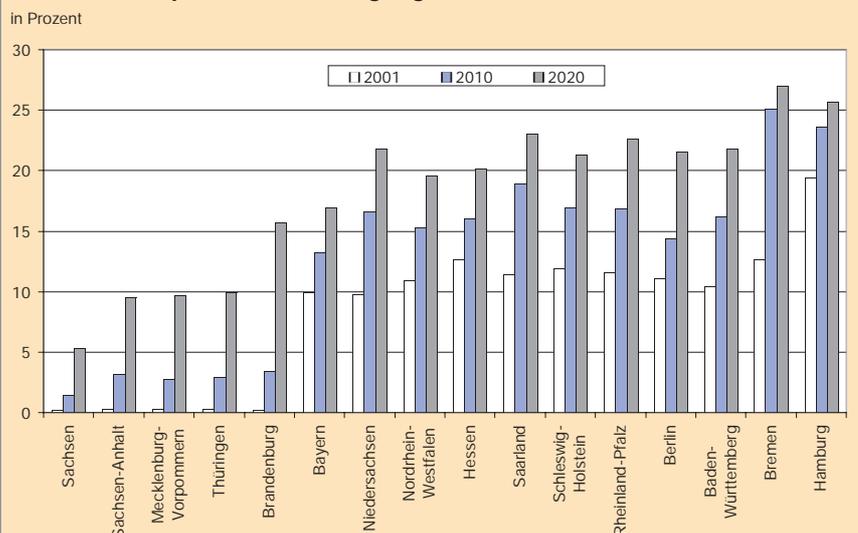
Die Autoren fordern deshalb die Anwendung des Nachhaltigkeitsfaktors nicht unter Verwendung des Rentenquotienten, sondern anhand einer Passiv-Aktiv-Relation innerhalb der Beamtenschaft. Zusätzlich müsste die gesetzliche Regelaltersgrenze für Beamte möglichst bald auf 67 Jahre erhöht werden. „Beherztes Handeln ist das Gebot der Stunde“, moniert Bernd Raffelhüschen. „Bisher sehen wir nur die Spitze des Eisbergs. Aber bald werden wir ihn rammen.“

Aktuelle Publikationen der Stiftung Marktwirtschaft

Daniel Besendorfer, Emily Phuong Dang und Bernd Raffelhüschen: Die angekündigte Katastrophe. Pensionslasten der Bundesländer im Vergleich. Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 89 (Juni 2005).

Guido Raddatz: Reformoptionen in der Arbeitslosenversicherung – Was ist kurzfristig machbar? Argumente zu Marktwirtschaft und Politik Nr. 90 (Juni 2005).

Die Katastrophe naht: Versorgungs-Steuer-Quoten im Zeitablauf



Quelle: „Die angekündigte Katastrophe“, Stiftung Marktwirtschaft 2005.



Jahrestagung der Stiftung Marktwirtschaft: Günther H. Oettinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, war Ehrengast bei der traditionellen Gremiensitzung.

Günther H. Oettinger zu Gast am 1. Mai

Als Ehrengast der traditionellen Jahrestagung der Stiftung Marktwirtschaft am 1. Mai bekannte der baden-württembergische Ministerpräsident Günther H. Oettinger sich mit klaren Worten zu einer ordnungspolitisch fundierten Politik: Deutschland habe eine deutliche Wachstumsschwäche und bleibe deshalb zunehmend hinter seinen europäischen Nachbarn zurück. Die Reformansätze seien noch längst nicht ausreichend, um ein Wachstum zu erzielen, das auch zu neuen Arbeitsplätzen führt.

Weiterhin skizzierte Oettinger unter anderem folgende Reformziele:

Im Bereich Steuern forderte er einen Körperschaftsteuersatz von weniger als

20 %, eine nachfolgefremdliche Erbschaftsteuer und eine generelle Vereinfachung.

Im Bereich Soziale Sicherung konstatierte Ministerpräsident Oettinger, das Umlagesystem sei aus Adenauers Sicht richtig gewesen. Doch nun stelle sich die Frage, wie man aus der Sackgasse herauskomme, wie konsequent der Umbau betrieben werden solle und wie stark man zwei Generationen eine Doppelbelastung zumuten könne.

Die Problematik der Staatsverschuldung könne man gar nicht drastisch genug beschreiben. Deshalb dürfe man nicht immer nur darüber nachdenken, wie man Etats ausweiten könne, sondern vielmehr, wie man Ausgaben senken könne.



Treffen von Kuratorium und Freundeskreis: Die Sitzung im Schlosshotel Kronberg.

Oettinger bedauerte, dass in Deutschland so viel mehr Staatswirtschaft herrsche als in vielen Nachbarländern. Zuweilen sei auch Standortpolitik notwendig, wenn es gelte, Werte zu erhalten. Langfristig indes müsse die Ordnungspolitik im Mittelpunkt stehen.

Seitenblick



Statistik-Schummelei

Der Focus verwies auf die Kritik der Stiftung Marktwirtschaft an einem Beschluss des Bundeskabinetts: Dieses hat die Regelung, nach der ältere Arbeitslose trotz Bezug von Arbeitslosengeld nicht mehr für die Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen müssen, um zwei Jahre verlängert. „Das verhindert einen ehrlichen Ausweis der Arbeitslosigkeit“, so Michael Eilfort. Die Statistik werde um fast 400.000 Personen entlastet (27. April 2005).

Handelsblatt

Arbeitsmarktpolitische

Entscheidungen des Kabinetts

Auch das Handelsblatt zitierte die Kritik der Stiftung Marktwirtschaft an der Verlängerung des § 428 SGB III: Die Bundesregierung wolle die Möglichkeit, dadurch die Zahl der Arbeitslosen künstlich niedrig zu halten, ins Wahljahr 2006 retten (21. April 2005).

Börsen-Zeitung

Arbeitslosigkeit im März weiter über 5-Millionen-Grenze

Stephan Lorz analysierte die Arbeitslosenzahlen des Monats März und zitierte in seinem Artikel auch die Einschätzung der Stiftung Marktwirtschaft: „Immerhin widersteht die Politik trotz des Anstiegs der Arbeitslosigkeit der Versuchung, diese Entwicklung durch eine Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu vertuschen“ (1. April 2005).

REUTERS

Aktive Arbeitsmarktpolitik auf Niedrigstand

Holger Hansen zitierte Dr. Guido Radatz, Arbeitsmarktexperte der Stiftung Marktwirtschaft, zur Aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung: Er erwarte im Wahlkampf von der Bundesregierung „nicht den ganz großen Aktionismus“. Die aktive Arbeitsmarktpolitik habe im April auf dem niedrigsten Stand seit anderthalb Jahren gelegen (30. Mai 2005).

Seitenblick

FINANCIAL TIMES
DEUTSCHLAND

Gastkommentar Kronberger Kreis zum Entsendegesetz

Die sechs Wissenschaftler des Kronberger Kreises betonten im Kommentar, die geplante Ausweitung von Mindestlöhnen auf alle Branchen werde keine Arbeitsplätze in Deutschland sichern – im Gegenteil: „Der Mindestlohn beeinträchtigt den deutschen Arbeitsmarkt, denn er drängt inländische Arbeitnehmer, die bereit sind, zu niedrigeren Löhnen zu arbeiten, in die Arbeitslosigkeit“ (22. April 2005).

Neue Zürcher Zeitung

Der Wettbewerb hat keine Lobby
Wernhard Möschel, Mitglied des Kronberger Kreises, plädierte im Kommentar klar für Wettbewerb: „Die These vom Wettbewerbsversagen ist insofern Ausdruck verkürzten Denkens, als oft eher Regulierungsversagen vorliegt und die Rechtsordnung versäumt hat, durch die Gestaltung von Wettbewerbsbedingungen Wettbewerb funktionsfähig zu halten“ (26. März 2005).

Frankfurter Allgemeine
Agenda ohne Ambitionen

Nico Fickinger kritisierte, das Arbeitsmarktprogramm der Union gehe nicht weit genug: „Konsequenter wäre es, den Kündigungsschutz komplett für freiwillige Abmachungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu öffnen, wie es die Stiftung Marktwirtschaft vorgeschlagen hat.“ Erwerbslose könnten dann auf den Kündigungsschutz verzichten, um ihre Beschäftigungschancen zu erhöhen, Stellenwechsler statt des Schutzes einen Lohnzuschlag wählen (13. Juni 2005).

Ökonomen sehen
Freibrief für Schlendrian

Claudia Bröll und Patrick Welter konstatierten, die von den EU-Finanzministern beschlossene Reform des Stabilitätspaktes stoße unter Wirtschaftswissenschaftlern auf heftige Kritik. So zitierten sie Manfred J.M. Neumann, Kronberger Kreis: „Damit ist der Pakt faktisch am Ende“ (22. März 2005).



Liberales Wissenschaftler: Der Kronberger Kreis ist wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft. Seine Mitglieder sind die Professoren Wernhard Möschel, Juergen B. Donges, Wolfgang Franz, Manfred J.M. Neumann, Johann Eekhoff und Clemens Fuest (v.l.n.r.).

Kronberger Kreis: Was nach der Wahl zu tun ist

Welche wirtschaftspolitischen Herausforderungen soll, ja muss die neue Bundesregierung schnellstmöglich angehen, damit Deutschland wieder Zukunftsperspektiven bekommt? Mit dieser Frage beschäftigt sich zur Zeit der Kronberger Kreis.

Direkt nach den Wahlen wollen die

Wissenschaftler dazu eine Kurzstudie vorlegen. Darin werden sie sich unter anderem mit folgenden Themen beschäftigen: Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und bessere Integration der Geringqualifizierten, Stabilisierung der Sozialsysteme, Abbau von Subventionen und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Klausurtagung des Kronberger Kreises

Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, traf sich Ende Mai in Berlin zu einer Klausurtagung. Die liberal ausgerichteten Ökonomie- und Juraprofessoren arbeiten zur Zeit an einer Studie zum Thema „Subventionsabbau“ sowie an einer Expertise zu den wirtschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Legislaturperiode.

Positionen abstimmen

„Die jährliche Klausurtagung hilft uns, unsere grundlegenden Positionen abzustimmen“, erläutert Prof. Dr.

Johann Eekhoff, Sprecher des Kreises. „Dieses intensive Treffen strahlt aus ins gesamte Arbeitsjahr und bietet eine gute Basis für die monatlichen Arbeitssitzungen.“

Impressum

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60
10117 Berlin
V.i.S.d.P.: Dr. Katrin Schnettler
Tel.: (030) 206057-0
Fax: (030) 206057-57
www.stiftung-marktwirtschaft.de
info@stiftung-marktwirtschaft.de